



151/2005

Kiel, 7. November 2005

Die 7. Tagung des Landtages: Start mit Zwischenbericht zur Verwaltungsstrukturreform

Kiel (SHL) – *Zu seiner siebten Tagung in dieser Wahlperiode tritt der Landtag am kommenden Mittwoch um 10:00 Uhr zusammen. Bis Freitag Nachmittag werden die Abgeordneten über eine Vielzahl von Themen beraten und entscheiden.*

Zum Einstieg debattiert das Parlament am Mittwoch morgen eine Stunde lang über den **Zwischenbericht zur Verwaltungsstrukturreform**, den die Landesregierung auf Beschluss des Landtages vorgelegt hat (Drs. 16/345). Dabei geht es unter anderem um Verwaltungszusammenschlüsse auf kommunaler Ebene. Die Landesregierung betont, dass sie vorrangig auf das Prinzip der Freiwilligkeit setze. Ziel sei es, die Zahl der Kommunalverwaltungen im Lande von derzeit 215 auf etwa 160 zu verringern. Über Aufgabenverlagerungen an Kreise und kreisfreie Städte werde erst ab 2006 entschieden. Im Bericht wird betont: „Eine Kreisgebietsreform strebt die Landesregierung ausdrücklich nicht an.“

Nächstes Thema ist die **Erleichterung öffentlich-privater Partnerschaften**. Hierzu haben CDU und SPD einen gemeinsamen Antrag eingebracht (Drs. 16/347). Hintergrund ist ein Bundesgesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP), das im Juli diesen Jahres im Bundesrat beschlossen wurde. Die Landesregierung soll nun die landesrechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Umsetzung in Schleswig-Holstein schaffen. Die Antragsteller messen den ÖPP künftig eine erhebliche Rolle für Investitionen in öffentlichen Einrichtungen bei und versprechen sich auch eine Belebung der Innenkonjunktur davon.

In Erster Lesung wird anschließend über einen Gesetzentwurf der FDP beraten. Es geht um die **Gleichstellung behinderter Menschen** in Schleswig-Holstein (Drs.

16/317). Konkret soll der Paragraph 11 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen erweitert werden. Dieser Paragraph fordert Barrierefreiheit bei Um- und Neubauten von öffentlichen Gebäuden sowie im öffentlichen Verkehr – etwa an Bahnhöfen, Haltestellen und in Bussen. Die Liberalen wollen dies um eine Verpflichtung zur entsprechenden Nachbesserung aller öffentlichen Gebäude und Verkehrsanlagen bis 2020 ergänzen.

Um die **Energiewirtschaft** geht es danach: In Erster Lesung wird ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/334) dazu beraten. Die Landesregierung will damit die Aufsicht über die Nutzung der schleswig-holsteinischen Gas- und Stromnetze an den Bund abtreten. Hintergrund: Laut dem im Juli in Kraft getretenen Energiewirtschaftsgesetz des Bundes sind die Länder bei der Genehmigung und Überwachung von Netzgebühren für kleinere Gas- und Stromversorger zuständig – für Unternehmen, die nicht länderübergreifend agieren und weniger als 100.000 Kunden haben. Hierzu zählen 80 Firmen im Lande. Der Bund soll sich um Großkonzerne kümmern. In Schleswig-Holstein fallen drei Gas- und drei Stromversorger in diese Kategorie. Um Personalkosten zu vermeiden, soll die Bundesnetzagentur zunächst für zwei Jahre auch die Landesaufgaben mit übernehmen.

Ebenfalls in Erster Lesung wird danach über den **Gesetzentwurf zur Änderung des Ingenieurgesetzes** beraten, den die Landesregierung eingebracht hat (Drs. 16/337). Die Landesregierung will die so genannte SLIM-Richtlinie der Europäischen Union in Landesrecht umsetzen und dadurch die wechselseitige Anerkennung von Ingenieursabschlüssen in der EU sowie in der ebenfalls beteiligten Schweiz sicherstellen. SLIM („Simpler Legislation for the Internal Market“) gibt es bereits seit 2001. Da der Ingenieursberuf hier aber nicht ausdrücklich genannt wird und weitere Verhandlungen auf EU- wie auf Länderebene die Verabschiedung verzögert haben, ist die Richtlinie in Deutschland nicht wie geplant zum 1. Januar 2003 in nationales Recht umgesetzt worden. Nun droht Brüssel mit einem Vertragsverletzungsverfahren.

Nach Angaben der Architekten und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein gibt es im Lande 830 freischaffende Ingenieure.

Am **Nachmittag** berät das Parlament in Erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen** (Drs. 16/336). Drei Schwerpunkte hat die Vorlage: Die KiTas erhalten einen Bildungsauftrag, die Zusammenarbeit mit den Grundschulen wird verbindlich geregelt und Elternvertretungen auf Kreis- und Landesebene werden eingerichtet und abgesichert. Von der Neuregelung sind in Schleswig-Holstein 1.635 Kindertageseinrichtungen betroffen.

Danach geht es um die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein in **Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten**. Diese soll per Staatsvertrag geregelt werden. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/348) sieht vor, dass die Vertragspartner regelmäßig Informationen austauschen, gegenseitig Vertreter auf Delegationsreisen entsenden sowie gemeinsame Auslandsvertretungen einrichten. Bereits seit 1985 betreiben Schleswig-Holstein und Hamburg das „Hanse-Office“ als gemeinsame Landesvertretung bei der EU in Brüssel. Anfang November ist ein zweites „Hanse-Office“ in St. Petersburg dazugekommen.

Um die **schnellere Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen** geht es beim nächsten Tagesordnungspunkt: CDU und SPD fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Planungsbeschleunigungsgesetz einzusetzen, um große Infrastrukturprojekte schneller umsetzen zu können (Drs. 16/297). Ein solches Gesetz hat das Bundeskabinett im Mai auf den Weg gebracht. Es sieht unter anderem die Befristung der Beteiligung von Vereinen, den Verzicht auf Erörterungstermine und die Verkürzung des Rechtswegs auf eine Instanz vor. Für Ostdeutschland ist ein Verkehrswege-Planungsbeschleunigungsgesetz bereits in Kraft. Der Entwurf der Bundesregierung soll nun die Planungszeiten in ganz Deutschland verkürzen. Während der Bundesrat im September positiv auf die Initiative reagiert hat, steht eine Beschlussfassung des Bundestages noch aus.

Die vom designierten Bundesminister für Finanzen, Peer Steinbrück, vorgeschlagene **Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes** soll vom Landtag abgelehnt werden – das beantragt der SSW (Drs. 16/305). Die Bereitstellung einer adäquaten Verkehrsinfrastruktur sei Sache des Staates, begründet der SSW seine Initiative.

Anschließend geht es um das Revisionsverfahren zur Umsetzung von „Hartz IV“ in Sachen Kommunen. Hierzu haben CDU, SPD, GRÜNE und SSW einen gemeinsamen Antrag vorgelegt: Gemeinsam fordern sie die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene gegen die **Schlechterstellung der Kommunen bei einer Reform von Hartz IV** einzusetzen. Der Bund soll an der zugesagten Entlastung der Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Höhe von 2,5 Milliarden Euro festhalten. Und: Das Land wird aufgefordert, seine Einsparungen aus der Wohngeldreform vollständig an die Kommunen weiterzureichen. In einem eigenen Antrag dazu fordert die FDP zudem einen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die laufende Tagung, um die Folgen für schleswig-holsteinische Kommunen genauer zu ermitteln (Drs. 16/320).

Am **Donnerstag, 10. November 2005**, befasst sich der Landtag zunächst mit den **Eckpunkten für die Reform der Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit**.

Hierzu haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag vorgelegt (Drs. 16/313). Darin wird unter anderem gefordert, Kinder bereits im Kindergarten und in der Grundschule intensiv individuell zu fördern, damit sie bereits nach neun Jahren den Realschulabschluss beziehungsweise den Übergang in die gymnasiale Oberstufe erreichen. In der Oberstufe sollen Schüler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit innerhalb von vier bis acht Semestern das Abitur ablegen können. Im schnellsten Fall wäre also ein „Turbo-Abi“ nach 11 Jahren möglich.

Anschließend geht es um die **Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Bildungszentren (RBZ)**. Hierzu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/346). Hintergrund: Von den 39 berufsbildenden Schulen nehmen seit November 2004 bereits 14 an einem Modellversuch teil, der eine Weiterentwicklung zu Regionalen Berufsbildungszentren vorsieht. Neben der Ausbildung gehört auch berufliche Fort- und Weiterbildung zu den Aufgaben dieser Zentren. Ihnen wurden dazu weitreichende Vollmachten übertragen. Im Rahmen einer Novellierung des Schulgesetzes sollen die Vorschriften über die berufsbildenden Schulen und die RBZ im kommenden Jahr gesetzlich festgelegt werden.

Bürgerfreundliche Behörden sollen in Schleswig-Holstein die Regel sein. Daher fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag die Landesregierung auf, Standards für Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung verbindlich zu vereinbaren. Modellhaft sollen in verschiedenen Behörden Beschwerdestellen erprobt werden.

Einen Bericht über **geplante Gesetzesinitiativen zur Sicherheitspolitik** fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Landesregierung (Drs. 16/323). Hintergrund ist die Ankündigung von Innenminister Ralf Stegner (SPD), die gesetzlichen Polizeirechte ausweiten zu wollen. Dabei geht es unter anderem um die automatische Erkennung von KFZ-Kennzeichen, anlassunabhängige Personenkontrollen und die Erweiterung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Die **Weiterentwicklung des Schulsystems in Schleswig-Holstein** soll Gegenstand eines mündlichen Berichtes der Landesregierung sein, das beantragt der SSW (Drs. 16/307). Insbesondere fragt der SSW nach den Entwicklungschancen der Einführung der ungeteilten Schule und nach den Perspektiven für die Finanzierung der Privatschulen – unter anderem für die Schulen der dänischen Minderheit.

Am **Nachmittag** befasst sich der Landtag auf Initiative der FDP mit **Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitischen Aktivitäten der Landesregierung gegen die Vogelgrippe in Schleswig-Holstein** (Drs. 16/314). Dazu soll die Landesregierung dem Landtag in der laufenden Tagung einen Bericht vorlegen. Das aggressive Virus ist 1997 erstmals in Hongkong aufgetreten. Seit dem erneuten Ausbruch in

Südostasien im Jahr 2003 wurde der Erreger nach Angaben der Welttiergesundheitsorganisation (OIE) in 14 Staaten nachgewiesen. Aufgrund der aktuellen Gefahrensituation ist seit dem 22. Oktober eine Eilverordnung des Bundes in Kraft, um die Verbreitung des Virus in Deutschland zu unterbinden.

Danach geht es im Landtag noch mal um Bildungspolitik: Die GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich an der **OECD-Studie** „Lehrer, Unterricht und Lernen“ zu beteiligen (Drs. 16/312). Hintergrund: Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) hat im Oktober einstimmig beschlossen, sich nicht an dieser Untersuchung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu beteiligen. Die Minister begründen dies damit, dass Deutschland sich bereits an einer anderen Lehrerstudie der OECD beteilige. Mit der Studie soll untersucht werden, wie der Lehrerberuf attraktiver und die Arbeit der Pädagogen effektiver gestaltet werden kann.

Die **Restlaufzeiten der Atomkraftwerke** sollen nicht verlängert werden – das fordert der SSW (Drs. 16/304) in einem Landtagsantrag. Stattdessen soll die Einrichtung von Offshore-Windparks unterstützt werden.

Anschließend wird über einen Entschließungsantrag der FDP zur **palliativmedizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein** beraten (Drs. 16/315). Palliativmedizin ist die Behandlung von Patienten mit einer nicht heilbaren, weit fortgeschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung, für die das Hauptziel der Begleitung die Lebensqualität ist. Die FDP will erreichen, dass die palliativmedizinischen Angebote Teil der flächendeckenden Regelversorgung in Kliniken werden. Das Land soll 50 Palliativbetten auf eine Million Einwohner bereithalten. Zudem soll ein entsprechender Uni-Lehrstuhl eingerichtet werden und die Ausbildung von Kranken- und Altenpflegern hierauf abgestimmt werden. Und: Die Liberalen fordern eine Bundratsinitiative zur Anerkennung von Patientenverfügungen.

Letzter Punkt am Donnerstag ist die **EU-Strukturförderung**. Die FDP fordert einen Bericht über die Auswirkungen möglicher Kürzungen der Gelder, die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vergeben werden. (Drs. 16/318)

Am **Freitag, 11. November 2005**, diskutiert der Landtag zu Beginn über einen Bericht der Landesregierung über **Perspektiven für die Westküste** (Drs. 16/344). Hierin berichtet die Regierung den aktuellen Stand der wirtschaftlichen und strukturellen Förderung für die Westküste. Die Region besteht aus den Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Steinburg. Knapp 16% aller Schleswig-Holsteiner leben hier. Der Tourismus ist einer der wich-

tigste Wirtschaftsbereiche. Neue Entwicklungschancen sieht die Regierung im Hightech-Raum Itzehoe.

Nächstes Thema ist die **Reform der europäischen Zuckermarktordnung**. Hierzu soll die Landesregierung auf Wunsch von CDU und SPD einen Bericht abgeben (Drs. 16/210). Hintergrund: Die EU-Kommission hat im Juni 2005 ihre Vorschläge für eine Liberalisierung der Zuckermarktordnung vorgelegt. Danach sollen die garantierten Preise für Zuckerrüben und Zucker in mehreren Schritten drastisch reduziert werden. Laut Bauernverband wären in Deutschland 50.000 Betriebe von einer Liberalisierung des Zuckermarktes existenziell bedroht.

Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel – diese Forderung erhebt die FDP und fordert eine schleswig-holsteinische Initiative im Bundesrat (Drs. 16/316). Statt 16 Prozent Umsatzsteuer hätten die Apotheken dann – ebenso wie Zahnärzte und Heilbäder – nur sieben Prozent zu entrichten. Hintergrund: Die Liberalen sehen die deutschen Apotheker durch Billiganbieter bedroht, die ihre Produkte über das Internet verkaufen. Nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Versandapotheken haben die rund 1.000 in Deutschland zugelassenen Betriebe dieser Branche derzeit einen Marktanteil von 0,5 bis 1,5 Prozent, der nach Schätzungen des Verbandes in den nächsten Jahren auf bis zu acht Prozent steigen könnte.

Den **Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein** fordert der SSW in einem Antrag (Drs. 16/350). Die von der Landesregierung geplante Zusammenfassung der drei Universitäten unter dem Dach einer Landesuniversität lehnt der SSW somit ab.

Danach geht es um die **betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein**. Hierzu hat die Landesregierung dem Landtag einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/322). Darin hebt die Landesregierung hervor, dass Schleswig-Holstein bei der Relation der unbesetzten Lehrstellen zu den noch nicht vermittelten Bewerbern Ende August 2005 bundesweit an der Spitze stand. Ein Erfolg, der auch auf das „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung“ zurückgeführt wird. Die damit geförderten Akquisiteure von Ausbildungsplätzen haben 3.850 Betriebe persönlich besucht und konnten für das laufende Jahr über 1.300 Ausbildungsplätze einwerben. Angesichts weiter steigender Zahlen von Schulabgängern will die Landesregierung ein „Aktionsprogramm Ausbildung“ auflegen.

Letzter Punkt der Tagung ist ein Bericht der Landesregierung über die **Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung** (Drs. 16/343). Hierbei geht es um die Erfahrungen mit der seit 1. August 2004 geltenden neuen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die zweite Phase der Lehrerausbildung, dem Referendariat. Kern der Reform ist die Verlagerung der Ausbildung an die Schulen und die Auflösung der regionalen Seminare. Von die-

ser Neuordnung sind etwa 1800 Lehrkräfte in Ausbildung betroffen. Sie werden von rund 3600 Ausbildungslehrkräften an den Schulen betreut.

**Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab
Dienstag Nachmittag im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.**

***Kiel TV* überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.**

Reihenfolge der Beratung der 7. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 9. November 2005			
44	Zwischenbericht zur Verwaltungsstrukturreform	60	10:00
33	Erleichterung öffentlich-privater Partnerschaften	30	11:00
8	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen	30	11:30
10	Gesetz zum Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein über Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz	30	12:00
13	Änderung des Ingenieursgesetzes	30	12:30
12	Gesetz zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen	30	15:00
14	Staatsvertrag über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten	30	15:30
15	Infrastrukturmaßnahmen schneller umsetzen: Planungszeiten verkürzen	30	16:00
19	Keine Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes	30	16:30
16 u. 30	Ablehnung des 2. SGB-II-Änderungsgesetzes - Keine Schlechterstellung der Kommunen bei Hartz IV und Umsetzung von "Hartz IV" – Revisionsverfahren	60	17:00
Donnerstag, 10. November 2005			
24	Eckpunkte für die Reform der Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit	60	10:00
45	Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Bildungszentren (RBZ)	30	11:00
22	Bürgerfreundliche Behörden	30	11:30
31	Geplante Gesetzesinitiativen zur Sicherheitspolitik	30	12:00
21	Bericht über die Weiterentwicklung des Schulsystems	35	12:30
25	Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die Vogelgrippe	60	15:00
23	Teilnahme an der OECD-Studie	30	16:00
18	Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke	30	16:30
26	Schleswig-Holstein soll Vorreiter in der palliativmedizinischen Versorgung werden	30	17:00
28	EU-Strukturförderung	30	17:30
Freitag, 11. November 2005			
43	Perspektiven für die Westküste	60	10:00
46	Reform der europäischen Zuckermarktordnung	30	11:00
27	Änderung des Umsatzsteuergesetzes - Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel	30	11:30

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
35	Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein	30	12:00
39	Betriebliche Ausbildung stärken – Prioritäten setzen	30	12:30
42	Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung	30	15:00

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Berichterstattung
2	Gesetz zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	5
3	Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006	5
4	Gesetz betreffend die Ablösung der Reallasten vom 3. Januar 1873	5
5	Änderung des Landesschlichtungsgesetzes	5
6	Änderung des Landeskrebsregistergesetzes	5
7	Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“	-
9	Staatsvertrag über die Errichtung von „Dataport“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	-
11	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	-
17 u. 41	Reformbedarf bei Amtsgerichten und Planungen zur Struktur der Gerichte	-
20	Bericht über die Trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit	-
29	Gaspreise in Schleswig-Holstein	-
32	Beratungsstellen FRAU & BERUF	-
34	Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein	-
36	Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde	5
37	Bundesratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“	5
40	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für 2004	-

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

38	Antrag zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach Leistung
----	--